

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Köhler (Wolfsburg), Pieroth, Frau Fischer, Höffkes, Dr. Hornhues, Dr. Hüsch, Dr. Kunz (Weiden), Lamers, Dr. Müller, Dr. Pinger, Dr. Pohlmeier, Repnik, Schmöle, Schröder (Lüneburg) und der Fraktion der CDU/CSU

— Drucksache 9/179 —

Personelle Entwicklungshilfe

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat mit Schreiben vom 20. März 1981 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

- I. 1. Warum wurde die durch das Consulting-Unternehmen erstellte Studie dem Deutschen Bundestag nicht, wie in der zitierten Antwort der Bundesregierung angekündigt, bis Ende des Jahres 1979 und auch später nicht mitgeteilt?

Die Studie sollte die Verwaltungskosten der Entwicklungshilfe, bezogen auf die Kostenträger der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit, erfassen und international vergleichen. In Ergänzung hierzu sollte eine entsprechende Analyse der Personalkosten der Technischen Zusammenarbeit erfolgen.

Der Auftragnehmer, die Firma Kienbaum Unternehmensberatung GmbH, hat mit Schreiben vom 1. Juli 1980 den Entwurf einer Teilstudie vorgelegt. Zugleich hat er erklärt, er könne das Vorhaben nicht auftragsgemäß durchführen, sondern nur einen Teilbereich der Aufgabe lösen. Es gelinge nicht, alle notwendigen Daten zu ermitteln, insbesondere hätten sich internationale Organisationen nicht in der Lage gesehen, die notwendigen Informationen zu liefern.

Nach Kenntnis der Bundesregierung dürften die Schwierigkeiten, die Kostenelemente im internationalen Bereich zu ermitteln, darauf zurückzuführen sein, daß im Verhältnis zwischen dem United Nations Development Programme und den die Technische Hilfe durchführenden Sonderorganisationen unterschiedliche

Auffassungen hinsichtlich der Zurechenbarkeit dieser Kosten zur Projektarbeit bestehen.

Die Teilstudie beschreibt lediglich die unterschiedlichen Vergütungssysteme im nationalen Bereich. Angesichts der Bedeutung der Fragestellung drängte die Bundesregierung auf Ergänzungen und Nachbesserungen, die der Auftragnehmer jedoch nicht erbrachte. Die Verhandlungen mit dem Auftragnehmer zogen sich bis Anfang 1981 hin und wurden durch Vergleich abgeschlossen. Der Auftragnehmer erstattete einen Teil seiner Vergütung zurück.

Die Teilstudie wird dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit zugeleitet.

- I. 2. a) Trifft es zu, daß der Auftrag an das Consulting-Unternehmen nicht „bereits im vergangenen Jahr“ (Drucksache 8/2529, Seite 14) – also 1978 – gegeben wurde, sondern erst im Laufe des Jahres 1979?
b) Wenn ja, warum wurde in der Antwort der Bundesregierung das Jahr 1978 angegeben?

Nein, dies trifft nicht zu. Der Auftrag wurde am 27. November 1978 vergeben.

- I. 3. Trifft es zu, daß das Consulting-Unternehmen überhaupt erst im Herbst 1979 mit den Forschungsarbeiten begann?

Dem mit dem Auftragnehmer abgeschlossenen Werkvertrag lag eine ausführliche Aufgabenbeschreibung zugrunde. Der Auftragnehmer war verpflichtet, zunächst ein Durchführungskonzept zu erarbeiten. Dieses wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Anfang 1979 mehrfach angemahnt. Erst Mitte Mai 1979 ging das Konzept im Ministerium ein. Es wurde in einer Besprechung am 31. Mai 1979 in modifizierter Fassung gebilligt. Auf dieser Grundlage begann der Auftragnehmer mit den empirischen Forschungsarbeiten.

- I. 4. Trifft es zu, daß die Forschungsarbeiten nicht beendet, der Auftrag jedenfalls nicht erfüllt worden ist und, wenn ja, wann erhielt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hiervom Nachricht?

Es trifft zu, daß der Auftrag nicht vollständig durchgeführt werden konnte (vgl. hierzu Antwort auf Frage I. 1.).

Am 1. Juli 1980 teilte der Auftragnehmer dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit, daß es unmöglich sei, die Leistung vollständig zu erbringen.

- I. 5. Vorausgesetzt, die Studie ist nicht erfolgreich abgeschlossen worden, warum wurde dies dem Deutschen Bundestag nicht mitgeteilt?

Wie in der Antwort zu Frage I. 1. dargelegt, wurden die Verhandlungen über die endgültige Abwicklung des Auftrags erst Ende

Januar 1981 abgeschlossen. Da bis zu diesem Zeitpunkt noch Nachbesserungen der Teilstudie erwartet werden konnten, war eine frühere Unterrichtung des Deutschen Bundestages nicht sinnvoll.

- I. 6. Welche Kosten sind bisher der Bundesregierung durch diesen Forschungsauftrag entstanden und mit welchen weiteren Kosten muß gerechnet werden?

Die Kosten des Vorhabens betrugen 72 335,90 DM. Weitere Kosten werden nicht entstehen.

- II. 1. Welche Erkenntnisse hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in den vergangenen 1½ Jahren über die oben angesprochene Studie hinaus gewonnen, die es erlauben würden, künftig exakter und objektiver als 1978 (vgl. Drucksache 8/2529, Seite 14) den Verwaltungs- und Personalkostenaufwand bei den verschiedenen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit feststellen, vergleichen und beurteilen zu können?
2. Was plant das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, um die Erfassungskriterien für die Zukunft noch effektiver zu gestalten?

Entgegen den damaligen Erwartungen haben die Erfahrungen mit der Studie gezeigt, daß es kaum möglich ist, die Verwaltungskosten exakt zu erfassen und zu vergleichen. Die Bundesregierung sieht deshalb von weiteren Bemühungen ab.

- II. 3. Stimmt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu, daß eine Notwendigkeit besteht, die Verwaltungs- und Personalkosten der verschiedenen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit insbesondere in Relation zu den tatsächlichen im Auslandseinsatz befindlichen Mitarbeiter objektiv festzustellen?

Ein einheitliches Kostenerfassungssystem wäre wünschenswert, wäre aber nach den Erfahrungen der Studie nur mit unvertretbarem Aufwand möglich.

- III. 1. Ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zum heutigen Zeitpunkt in der Lage, abweichend von dem nur „geringen Aussagewert“ der Darstellung von 1978 (Drucksache 8/2529, Seite 14), eine allseits befriedigende Beantwortung der Fragen III. 6 und 7 der Kleinen Anfrage vom 1. Dezember 1978 (Drucksache 8/2342) zu geben?

Nein. Die in die Studie gesetzten Erwartungen haben sich nicht erfüllt.

III. 2. Wie groß ist der Verwaltungsaufwand der einzelnen Dienste für personelle Hilfe im Verhältnis zu ihrem Gesamtetat in den Jahren 1978 und 1979?

| Deutsche Personaldienste in Übersee | Verwaltungsaufwand in v. H. des Gesamtetats | |
|---|--|------|
| | 1978 | 1979 |
| Deutscher Entwicklungsdienst (DED) | 12,0 | 12,0 |
| Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungs hilfe (AGEH) | 17,6 | 16,6 |
| Dienste in Übersee (DÜ) | 18,1 | 18,2 |
| Weltfriedensdienst | 13,8 | 17,0 |
| Internationaler Christlicher Friedensdienst (EIRENE) | 16,2 | 19,7 |
| Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) | 9,2 | 8,9 |
| Konrad-Adenauer-Stiftung | 12,0 | 12,0 |
| Friedrich-Ebert-Stiftung | 12,0 | 12,0 |
| Friedrich-Naumann-Stiftung | 12,0 | 12,0 |
| Hanns-Seidel-Stiftung | 12,0 | 12,0 |

III. 3. Wie groß ist die Zahl der in der Verwaltung der jeweiligen Dienste Beschäftigten im Verhältnis zu den von diesen Diensten jeweils nach Übersee entsandten Helfern?

| Deutsche Personaldienste in Übersee | Inlandsbeschäftigte | | Relation der Inlandsbeschäftigte zu den Auslandsmitarbeitern | |
|---|---------------------|------|--|---------|
| | 1978 | 1979 | 1978 | 1979 |
| Deutscher Entwicklungsdienst (DED) | 142 | 142 | 1 : 5,6 | 1 : 6,0 |
| Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) | 38 | 36 | 1 : 6,4 | 1 : 6,9 |
| Dienste in Übersee (DÜ) | 38 | 38 | 1 : 4,9 | 1 : 5,0 |
| Weltfriedensdienst | 5,75 | 5,75 | 1 : 2,8 | 1 : 2,3 |
| Internationaler Christlicher Friedensdienst (EIRENE) | 7 | 7 | 1 : 7,0 | 1 : 5,0 |
| Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) | 693 | 710 | 1 : 1,7 | 1 : 1,7 |
| Konrad-Adenauer-Stiftung | 48 | 57 | 1 : 1,0 | 1 : 0,8 |
| Friedrich-Ebert-Stiftung | 89 | 94 | 1 : 1,2 | 1 : 1,2 |
| Friedrich-Naumann-Stiftung | 38 | 38 | 1 : 1,2 | 1 : 1,2 |
| Hanns-Seidel-Stiftung | 15 | 15 | 1 : 0,2 | 1 : 0,4 |

Die Bundesregierung weist darauf hin, daß der Aussagewert der o.g. Angaben gering ist, weil die personalentsendenden Organisationen in unterschiedlichem Maße auch andere personalintensive und verwaltungskostenintensive Aufgaben wie Materialbeschaffung und Projektsteuerung wahrnehmen. Dies kommt in den Tabellen mangels eindeutiger Abgrenzungskriterien nicht zum Ausdruck.

